

PRESSEMITTEILUNG

bkj

Wiesbaden, den 05.04.2024

Was lernen wir aus der Pandemie?

bkj fordert eine unabhängige Aufarbeitung als Roadmap für die Zukunft – insbesondere mit dem Fokus auf die Belange von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche waren die Bevölkerungsgruppe, die während der Pandemie die größten Beeinträchtigungen ihres Lebensalltages zu verkraften hatten. Inzwischen geht man allgemein davon aus, dass etliche der Maßnahmen in Schulen, in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, aber auch im Freizeitbereich weit übers Ziel hinausgeschossen sind. Wir sind es dieser Generation auch schuldig, ihnen offen darzulegen, warum ihre Bedürfnisse zu wenig beachtet wurden. Das könnte Vertrauen schaffen und in Zukunftsoptimismus münden.

Auch wenn es angesichts der vielen Krisen und Herausforderungen der Gegenwart in Deutschland eine gewisse Müdigkeit gibt, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, halten wir es für dringend notwendig, eine solide und interdisziplinäre Aufarbeitung der Maßnahmen während der Pandemie und der Kommunikation darüber anzustoßen. Die Veröffentlichung der Protokolle des RKI könnten dabei Anlass sein, Fehlentscheidungen zu analysieren. Dafür reicht es nicht, wenn einzelne politische Akteure individuelle Fehleinschätzungen formulieren, sondern es braucht eine fundierte, wissenschaftlich untersetzte Analyse, die vor allem auch die getroffenen Maßnahmen für Kinder und Jugendliche untersucht, gerade auch weil noch immer die Nachwirkungen der Pandemie bei unseren Patientinnen und Patienten wirken, im Sinne fortdauernder psychischer und psychosozialer Probleme.

Wir fordern die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission oder einer Enquete-Kommission, in der insbesondere auch Pädagogik, Psychologie, Psychotherapie und Soziologie vertreten sein sollen. Neben einer Fehleranalyse sollte dabei die Erstellung einer Road-Map für den Umgang mit zukünftigen Pandemien im Mittelpunkt stehen, um ggf. auf klare und angemessene Entscheidungsstrategien zurückgreifen zu können.

„Dazu gehört für mich auch die Kommunikation mit der Bevölkerung. In krisenhaften Situationen steht die Regierung in der Verantwortung, Angst zu reduzieren und Meinungsvielfalt abzubilden“, fordert dazu Dr. Inés Brock-Harder, Vorsitzende des bkj.

Bundesgeschäftsstelle
Friedrichstr. 5
65185 Wiesbaden

www.bkj-ev.de

info@bkj-ev.de

Tel.: 0611 880879-50